

Vision „Thüringen 2020“

16. Landestag der Jungen Union Thüringen



*junge***union**
thüringen

Präambel

Zur Landtagswahl am 13. Juni 2004 treten 14 Parteien zur Wahl an. Die Junge Union ist auf der Liste der CDU mit sieben Kandidaten vertreten. Wahlplakate, Folder und Programme gehören da zur Grundausstattung aller Parteien.

So kämpfen alle um Wählerstimmen und versprechen wahlweise mehr für die Familien zu tun, eine bessere Schulpolitik zu gestalten, die Kommunen zu stärken und die Bürger mehr an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen und natürlich die Wirtschaft weiter zu entwickeln.

Und doch enden die Wahlprogramme der Parteien spätestens dort, wo Lobby zu stark und Konsequenz in der politischen Entscheidung zu schwach ist.

Über den Zeitraum einer Legislaturperiode hinaus zu blicken, hat sich deshalb die Junge Union Thüringen zum Anspruch genommen.

Wir wissen, dass Politik von den Bürgern und der berichtenden Öffentlichkeit daran gemessen wird, welche Zusagen vor einer Wahl gemacht und welche danach auch gehalten werden. Und dennoch so richtig wie dieser Anspruch ist, ist es auch wichtig, Aufgaben für eine verantwortliche Politik zu beschreiben, die auf einen längeren Zeitraum basieren und der nachkommenden Generation Handlungsspielräume aufzeigt und ermöglicht.

Mit dem Programm Vision „Thüringen 2020“ blickt die Junge Union auf diese Aufgaben für die nächsten Wahlperioden – wohl wissend um den Aufschrei der Lobbyisten, um die Kritik der Verbände und um die Unterstützung aller verantwortlichen Thüringer und um unserer eigenen Zukunft willen.

Wir meinen das die beschriebenen Visionen zu den Themen Finanzen, Verwaltungsreform, Familie, Bildung, Wirtschaft und Europa geradezu klassische Politikfelder für einen Jugendverband wie den unseren darstellen. Bewusst sollen die Visionen keinen Anspruch auf Vollständigkeit darstellen, weder in der Auswahl der Themen noch in den konkreten Vorschlägen.

Finanzen

Finanzpolitische Entwicklung bis 2020

Finanzpolitische Entscheidungen sind langfristige Strukturentscheidungen. Substantielle Veränderungen lassen sich nur über einen Mehrjahreszeitraum hinweg verwirklichen. Und die erwarteten, positiven Wirkungen zeigen sich vielfach erst nach noch längeren Zeiträumen.

Die Junge Union bekennt sich zu den Grundsätzen, dass Ausgaben für Forschung, Technologie, Hochschulen, Schulen und Ausbildungsplätze Vorrang vor anderen Bedürfnissen haben. Denn sie schaffen die Voraussetzung für Wirtschaft und Arbeit.

Investitionen stehen vor Konsum. Leistung steht vor Umverteilung. Wer die Reihenfolge umkehrt, wer staatliche Leistungen ohne gesicherte Finanzgrundlagen verspricht, der verteilt, was er nicht hat. Eine solche Politik ist zum Scheitern verurteilt.

Die langsamere Rückführung der Finanzierungsdefizite in den letzten Jahren ist unbefriedigend und muss beschleunigt werden, da mit dem verstärkten Anstieg der Staatsverschuldung die Zinslasten den haushaltspolitischen Spielraum mehr und mehr einengen. Dabei dürfen notwendige Ausgabeneinsparungen nach Meinung der Jungen Union möglichst nicht zu Lasten der Investitionsausgaben vorgenommen werden, um den wirtschaftlichen Aufholprozess nicht zu verzögern.

Durch den Abschluss des Solidarpaktes II wurde für die jungen Länder ein hohes Maß an Planungssicherheit für die Jahre 2005 bis 2019 erreicht. Planungssicherheit heißt: Die Sonderbedarfsergänzungszuweisungen sinken von 1,5 Milliarden Euro für die jungen Länder im Jahr 2005 auf 300 Millionen Euro im Jahr 2019. Ab dem Jahr 2020 werden vom Bund keine Solidarpaktmittel mehr zur Verfügung gestellt, d.h., die infrastrukturelle Lücke und sonstige teilungsbedingte Sonderlasten müssen zu diesem Zeitpunkt geschlossen bzw. abgebaut sein.

Dies verdeutlicht die Notwendigkeit einer vorrangig investiven infrastrukturellen Verwendung der Mittel.

Die Höhe der künftigen europäischen Regionalförderung für die jungen Länder entscheidet sich im Jahr 2005. Welche Regionen von Januar 2007 an Anspruch auf die höchsten Fördersätze haben wird, kann heute noch nicht gesagt werden. Entscheidend sind die wirtschaftlichen Daten aus den Jahren 2004 und 2005. Der höchsten Fördergruppe (Ziel-1) gehören Gebiete an, deren Bruttoinlandsprodukt weniger als 75 Prozent des EU-Durchschnitts beträgt. In der laufenden Periode bis 2006 sind alle jungen Länder als Ziel-1-Gebiet eingestuft. Thüringen erhält aus Brüssel bis 2006 rund 2,9 Milliarden Euro Regionalfördergelder. Verliert Thüringen durch seine wirtschaftliche Entwicklung Fördermittel ist das folgerichtig, bleibt die Investitionsförderung aber aufgrund neuer Berechnungsgrundlagen durch die Erweiterung der EU aus, so fordert die Junge Union für Thüringen einen Ausgleich.

Ein Faktor, der die wirtschaftliche Situation eines Landes entscheidend beeinflusst, ist die demographische Entwicklung. Im Jahr 2001 lebten knapp 80.000 Menschen weniger im Freistaat als noch fünf Jahre zuvor. Dadurch fallen die Zuweisungen und Ausgleichszahlungen aus, die sich über die Einwohnerzahl eines Landes berechnen. Würden in Thüringen noch genauso viele Menschen leben wie 1998, so wären in 2001 beispielsweise neben einem um 90 Mio. EUR höheren Umsatzsteuer-Ausgleich die Mittel

aus dem LFA um 32,0 Mio. EUR und die Fehlbetrags-BEZ um weitere 5,8 Mio. EUR höher ausgefallen. Das hätte für Thüringen insgesamt **127,8 Millionen Euro** mehr bedeutet.

Bis zum Jahr 2020 wird sich nach den derzeit gültigen Prognosen die Bevölkerung des Freistaats um weitere 190.000 Einwohner verringern. Dies bedeutet, dass sich die Mindereinnahmen aus den zuvor genannten Einnahmequellen von rund 130 Millionen Euro im Jahr 2002 bis auf rund **300 Millionen Euro** im Jahr 2020 erhöhen werden.

Die Einnahmesituation des Landes aus Drittmitteln wird sich nicht verbessern. Die temporär zusätzlichen Mittel bedeuten für die jungen Länder eine im Westvergleich überdurchschnittliche, aufbaugerechte Ausstattung mit Einnahmen. Die Pro-Kopf-Finanzausstattung der jungen Länder (einschl. Kommunen) liegt bei ca. 110 Prozent des Westniveaus. Im Jahr 2020 werden die jungen Länder aus heutiger Sicht mit einer Einnahmeausstattung vergleichbar finanzschwacher Flächenländer West auskommen müssen, wenn zugleich die Steuereinnahmeentwicklung im wesentlichen auf dem derzeitigen Niveau stagniert.

Bisher wird der Haushalt nicht einmal zur Hälfte aus eigenen Steuereinnahmen gedeckt. Der Mittelfristige Finanzplan 2003 bis 2007 macht deutlich, dass auch in den nächsten Jahren mit keiner grundlegenden Verbesserung der Steuereinnahmen gerechnet werden kann. Auf den Rückgang der Einnahmen kann nur mit einem konsequenten Konsolidierungskurs reagiert werden. Allein die Rahmenbedingungen des nationalen Stabilitätspakts und die bereits hohe Verschuldung des Freistaats von bereits 5.486 Euro pro Einwohner verbieten es, die Einnahmeminderungen durch neue Schulden auszugleichen.

Die Ausgaben für das Personal des Landes einschließlich aller personalbezogenen Nebenleistungen stellen mit über 26 % der Gesamtausgaben die zweitgrößte Ausgabengruppe im Landeshaushalt dar. Im Vergleich zu Ländern im bisherigen Bundesgebiet erscheint die Personalausgabenquote Thüringens relativ niedrig. Dabei darf aber nicht außer Betracht bleiben, dass in den neuen Ländern aufgrund der Altersstruktur der Bediensteten, des strukturell geringeren Beamtenanteils an den Beschäftigten sowie der Versorgungslastenteilung bei von anderen Ländern in den Thüringer Landesdienst übernommenen Beamten noch immer nur vergleichsweise geringe Aufwendungen für Versorgungsleistungen zu zahlen sind. Allein die Angleichung der Gehälter im öffentlichen Dienst an das Westniveau bis 2007 verursacht Mehrkosten in der Endstufe von 250 Millionen Euro. 1 Prozent Tarifsteigerungen kosten das Land 25 Millionen Euro. Die Kommunen haben den gleichen Betrag aufzubringen.

Eine nicht zu vernachlässigende Größe bei den Personalkosten sind die steigenden Pensionslasten. Grobe Schätzungen gehen davon aus, dass im Jahr 2020 ca. 200 Millionen Euro an Pensionslasten für den derzeitigen Stand an Landesbeamten auf den Thüringer Haushalt zukommen. Im Doppelhaushalt 2003/2004 sind 16 bzw. 18 Millionen

Euro veranschlagt. Das Berufsbeamtentum ist bei Lehrern und Professoren langfristig abzuschaffen.

Die Gesamtverschuldung und die bis 2005 geplante Neuverschuldung des Freistaates belasten den Haushalt mit jährlich 647 Millionen Euro Zinszahlungen, die nach der bisherigen Planung bis 2007 auf 805 Millionen Euro steigen werden. Selbst wenn wir es schaffen, ab 2008 keine neuen Schulden zu machen und in der Lage wären, ab 2009 mit einer jährlichen Schuldentilgung von 50 Millionen Euro zu beginnen, würde die Schuldenlast jedes Thüringers aufgrund der Bevölkerungsentwicklung von 5.486 Euro im Jahr 2004 bis 2020 auf 6.569 Euro steigen.

Die aufgezeigten Einnahmемinderungen und zwangsläufige Ausgabenerhöhungen würden für das Jahr 2020 eine Deckungslücke von ca. 2,7 Milliarden Euro gegenüber dem aktuellen Haushalt 2004 bedeuten. Es muss bis dahin gelingen, eine ähnliche Steuerkraft wie im Durchschnitt der alten Länder zu erreichen. Die alten Flächenländer hatten im Jahr 2001 eine durchschnittliche Finanzkraft von 1.970 Euro pro Einwohner, Thüringen 1.812 Euro pro Einwohner. Dies zeigt, dass wir bei einer Angleichung der Steuerkraft lediglich rund 160 Euro pro Einwohner an Steuermehreinnahmen zur Verfügung haben. Wir tätigen aber zur Zeit noch 1.000 Euro pro Einwohner mehr an Ausgaben als die alten Flächenländer.

Wege aus der Verschuldung

Förderprogramme

Angesichts der Haushaltssituation muss jedes Programm und jede Zuwendung kritisch überprüft werden. Förderprogramme sind mit ihren Zielen eindeutig zu definieren. Die Zielerreichung und Effizienz ist laufend zu überwachen und zu bewerten. So gehören nach wie vor alle Leistungsgesetze des Landes aus der ersten und zweiten Legislaturperiode auf den Prüfstand, die wir uns aus heutiger Sicht nicht mehr in diesem Umfang leisten können.

Mehreinnahmen müssen konsequent für die Reduzierung der Nettoneuverschuldung verwendet werden.

Personalabbau

Der eingeschlagene Weg eines konsequenten Personalabbaus ist fortzusetzen und zu beschleunigen. Dabei sind die Möglichkeiten von Altersteilzeit, Teilzeitmodellen, der Beamtenteilzeit und anderer sozialverträglicher Modelle voll anzuwenden. Die Stellenzielzahl von 20 Landesbediensteten pro 1.000 Einwohner ist in der nächsten Legislaturperiode zu erreichen (z. Zt. 25/1.000). Dies entspricht dem Durchschnitt der alten Flächenländer. Würde der Personalabbau von weiteren ca. 6.000 Stellen in Thüringen vollzogen, könnten jährlich rund 240 Millionen Euro an Personalkosten eingespart werden. Dies würde für die Angleichung der Gehälter an das Westniveau

reichen. Alle Hierarchien und Verwaltungsebenen müssen auf Einsparpotential überprüft werden, vom Pförtner bis zum Minister.

Verwaltungsreform und Privatisierung

Die Erledigung staatlicher Aufgaben durch Private ist weiter zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

Bereiche der Landesverwaltung, in denen keine hoheitlichen Tätigkeiten wahrgenommen werden, sollten grundsätzlich auf die Möglichkeit einer Privatisierung hin überprüft werden. Eine Privatisierung muss jedoch ökonomisch sinnvoll sein. Jeder Privatisierung ist eine eingehende Kosten- Nutzen- Analyse voranzustellen.

Verwaltungsreform und Deregulierung in Thüringen bedeutet in erster Linie, Gesetze und Vorschriften von unnötigem Ballast zu befreien, Verwaltungsstrukturen effektiver zu gestalten und somit die Selbstkosten des Staates zu senken. Leitlinie soll dabei sein, dass ein öffentliches Engagement nur in Betracht kommt, wenn private Initiative und privates Handeln nicht das erwünschte Ergebnis erzielt. Wo Private besser und billiger die geforderte Leistung erbringen können, sollte sich das Land zurückziehen. Dort wo bereits formelle Privatisierungen erfolgt sind, ist das Ziel einer materiellen Privatisierung weiterzuverfolgen.

Konkrete Handlungsempfehlungen und Leitlinien der Jungen Union Thüringen

Die langfristige Sicherung der Investitionsquote von mindestens 20 Prozent.

Die Personalausgaben dürfen nicht mehr als 27 Prozent der Gesamtausgaben betragen. Zudem wird ein systematischer Abbau des Personals auf 10% unter dem Durchschnitt der alten Länder angestrebt.

Abschaffung des Berufsbeamtentums bei Lehrern und Professoren.

Der Personalabbau ist weiter zu beschleunigen und das Personalentwicklungskonzept zu überarbeiten.

Für 2009 ist ein Haushalt ohne neue Schulden aufzustellen. Langfristig sind die bisher aufgenommenen Schulden zu tilgen.

Die Mittel im staatlichen Hochbau sind zur Stärkung der heimischen Bauwirtschaft sukzessive zu erhöhen.

Abschaffung des Landesamtes für Soziales und Familie und des Landesjugendamtes bei Verlagerung der Aufgaben auf das Ministerium und die kommunale Ebene.

Prinzip der Einräumigkeit der öffentlichen Verwaltung weitgehend umsetzen.

Die Einhaltung der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie der Regelungen des Maastrichtvertrages muss auch für Thüringen langfristige Gültigkeit besitzen.

Die Finanzausstattung der Kommunen durch das Land ist auf dem derzeit hohem Niveau fortzuführen. Es ist eine klare Trennung der Finanzierung von übertragenen Aufgaben und Aufgaben des eigenen Wirkungskreises im Landeshaushalt festzuschreiben.

Verwaltung und Kompetenzordnung

Der Erfolg im Freistaat Thüringen hängt zuerst von der Kraft und dem Ideenreichtum der Menschen die hier leben ab. Die öffentliche Hand muss sie dabei unterstützen und darf sie nicht behindern. Daher tritt die Junge Union für eine straffe und effiziente Verwaltung ein.

Die Junge Union Thüringen setzt sich dafür ein, alle Gesetze und Vorschriften einem regelmäßigem Bürokratiecheck zu unterziehen. Das heißt zu prüfen, ob sie noch erforderlich sind. Bürokratieabbau ist nur möglich, wenn die Verwaltung selbst und ihre Struktur immer wieder auf ihre Daseinsberechtigung überprüft werden. Dabei orientieren wir uns strikt am Subsidiaritätsprinzip. Alles was auf der untersten Ebene geleistet werden kann, soll auch dort entschieden werden.

Für den Bürger ist wichtig, Rechtssicherheit für seine Vorhaben zu bekommen. Die Beteiligungen verschiedener öffentlicher Stellen und Verwaltungsebenen kann sich daher sehr hinderlich auf die Investitionsbereitschaft im Freistaat auswirken. Die Junge Union Thüringen will daher nicht nur eine einzige, verschiedene Aufgaben zusammenfassende Anlaufstelle für investitionswillige Unternehmen, sondern wir fordern auch, einen Verwaltungsaufbau, der Bürgern möglichst wenige und kurze Wege zur Erlangung von Genehmigungen abverlangt.

Reformen der Verwaltungsstruktur konnten in der Vergangenheit nur unter großen Mühen durchgesetzt werden und haben der öffentlichen Hand nur sehr langfristig neue Handlungsspielräume eröffnet. Wir fordern daher, die weitere Reduzierung der Anzahl von Landesbehörden und einen Umbau des öffentlichen Dienstes und eine Reform des Beamtenrechts.

Dazu gehören:

- mehr Kompetenzen für die Behördenleiter,
- die Möglichkeit, fleißige und engagierte Mitarbeiter leistungsgerecht zu entlohnen,
- Ausbau des Kapitalstocks für die Beamtenversorgung. Auf kommende Generationen werden sonst große finanzielle Lasten zukommen.
- Verwaltungs- und Organisationsreform bei der Thüringer Polizei

Moderne bürgernahe Verwaltung

Moderne Verwaltung heißt auch, dass staatliche Aufgaben und Standards immer wieder auf ihre Erforderlichkeit geprüft werden. Den Mittelstand – besonders Unternehmen bis zu einer Größe von bis zu 20 Beschäftigten – sollten wir darüber hinaus möglichst weit von staatlichen Vorgaben befreien. Außerdem fordern wir ein umfassendes E-Government-Konzept, um den Bürger von lästigen Behördengängen zu befreien. Für eine schnellere Bearbeitung von Genehmigungsanträgen soll in Zukunft von der Möglichkeit von Genehmigungsfiktionen neben der Bauordnung auch in anderen Bereichen Gebrauch gemacht werden.

Die politische Kontrolle der Verwaltung durch Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte dient auch der politischen Teilhabe und sichert so langfristig das Interesse der Bürger am gesellschaftlichen und politischen Leben vor Ort. Für uns folgt daraus, dass die Bürger und Mandatsträger vor Ort am besten wissen, ob sie über effiziente Strukturen und Größen verfügen. Wir bekennen uns daher dazu, dass Gebietsreformen zuerst von unten erfolgen müssen. Der Freistaat muss dies angemessen unterstützen und kann auch über den kommunalen Finanzausgleich steuernd mitwirken.

Aber nicht nur in der Landesverwaltung sondern auch im Verhältnis zwischen Bund und Ländern und Europa brauchen wir eine klare Aufgabenaufteilung. In der Vergangenheit wurden zwischen Bund und Ländern viele ursprünglich getrennte Aufgaben miteinander vermischt. Diese Politikverflechtung macht es jedoch nicht nur Bürgern sondern auch Politikern immer schwerer, die Verantwortung für politische Entscheidungen klar zuzuordnen. Zudem können die Länder nicht mehr in einen Wettstreit um die beste Lösung treten, da ihnen einheitliche Lösungen aufgezwungen werden. Der Länderfinanzausgleich in seiner derzeitigen Form sorgt überdies dafür, dass einzelnen Ländern die Früchte guter Politik nicht für sich behalten dürfen. Anreize für innovative Politik entfallen damit.

Föderalismusreform

Wir treten daher für eine umfassende Föderalismusreform ein: Die Rahmengesetzgebung muss durch eine Grundsatzgesetzgebung ersetzt werden. An die Stelle der konkurrierenden Gesetzgebung muss eine Vorranggesetzgebung der Länder treten, nach der Länder von Bundesgesetzen abweichen können. Mischfinanzierung sind abzubauen.

Zudem müssen die Länder auf der Basis einheitlicher Bemessungsgrundlagen das Recht erhalten, über die Höhe einer Steuer selbst zu entscheiden. Aufgaben und Ausgaben müssen auf diese Weise wieder miteinander verbunden werden und Verantwortlichkeiten müssen zuzuordnen sein.

Die Junge Union Thüringen glaubt an die Menschen in unserem Freistaat. Wir wollen Gestaltungsspielraum auch den künftigen Generationen erhalten. Unser Ziel ist, für den einzelnen Bürger und für die Unternehmen größere individuelle Freiheit zu gewinnen,

mehr Leistungsbewusstsein zu fördern und auch ein höheres Verantwortungsbewusstsein zu erreichen. Gerade in der Wirtschaft brauchen wir mehr Raum für unternehmerische Initiative, damit unser Freistaat in einem gewachsenen Europa zu einer der wettbewerbsfähigsten Regionen wird.

Wir müssen deshalb heraus aus dem Regelungsdickicht, weg vom Vollkaskodenken und von dem Anspruch an eine staatliche Rundumversorgung. Die Probleme werden zuerst von den Bürgern gelöst. Nur wenn dies nicht ausreicht, muss der Staat unterstützen.

Familie

Familie ist für uns in biologischer und gesellschaftlicher Hinsicht nicht nur eine Keimzelle der Gesellschaft, sondern die "Keimzelle". Die besondere persönlichkeitsbildende Kraft der Familie, fußend auf dem Lebensprinzip von Liebe und Zuneigung, ist der Grundstein für das Entstehen sozialer Tugenden, ohne die unsere Gesellschaft zerfallen würde.

Die Junge Union Thüringen wehrt sich dagegen Kinder als Belastung zu sehen. Kinder sind in jeder Hinsicht eine Bereicherung für das menschliche Miteinander und Grundvoraussetzung für den Fortbestand unserer Gesellschaft.

Lange Zeit war - getreu der Devise von Konrad Adenauer 'Kinder kriegen die Leute sowieso' - das Thema "Familie" in der Politik ein Thema zweiten Ranges. Erst die demographische Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat deutlich werden lassen, dass Deutschland mit seinen sehr guten, aber eng an die Bevölkerungszahlen anknüpfenden Systemen sozialer Sicherung das Thema Familie viel zu lange vernachlässigt hat.

Thüringen verliert statistisch gesehen pro Tag 52 Einwohner, was sich bei gleichförmiger Entwicklung im Jahr 2020 auf über 300.000 Thüringer summiert. Etwa die Hälfte dieses Bevölkerungsschwundes resultiert aus Abwanderungen in andere Bundesländer oder andere Staaten. Neuhinzugezogene zieht es vor allem in die größeren Städte. Erfurt und Jena profitieren davon zu Lasten des ländlichen Raumes, dessen Geburtenrate nicht mehr ausreicht, um die Einwohnerzahlen konstant zu halten.

Neue Impulse

Ohne neue Impulse in der Familienpolitik würde das negatives Wachstum der Bevölkerung und die Auswanderung junger Menschen aus Thüringen langfristig ein Altersheim werden lassen. Für die sozialen Sicherungssysteme wie auch die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens wären die Folgen fatal. Junge Länder sind innovativ und dynamisch. Rentnerrepubliken sind es nicht. Kinder sind mehr denn je der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes.

Die Junge Union Thüringen setzt sich für eine Politik ein, die die Rahmenbedingungen für höhere Geburtenraten schafft und dazu beiträgt langfristig auch höhere Wachstumsraten in der wirtschaftlichen Entwicklung zu generieren.

Erstaunlich ist die Tatsache, dass sich junge Deutsche im Durchschnitt 2,2 Kinder wünschen. Das ist mehr als notwendig, um die Bevölkerungszahl stabil zu halten. An diesem Punkt gilt es anzusetzen, wenn man Deutschland und Thüringen wieder zukunftssicher machen will. Ein Blick auf die Ursachen gibt dabei die Richtung vor.

Einer der Hauptgründe für das Abweichen von der Wunschvorstellung ist oft die vermeintliche Unvereinbarkeit von Familie und Beruf. Es erfordert einen besonderen Einsatz von jungen Eltern, beide Bereiche des Lebens in verantwortlicher Weise miteinander zu vereinbaren. Die Politik hat hier die Aufgabe für bessere Kinderbetreuung den Rahmen zu schaffen. Zwar haben wir in Thüringen eine hohe Kindergartenquote, oftmals fehlen aber bezahlbare Möglichkeiten, das Kind schon vor dem Kindergartenalter unterzubringen.

Familien unterstützen

Die Junge Union setzt sich dafür ein, dass es selbstverständlich werden muss, dass sich Familie und Beruf ergänzen und nicht ausschließen. Tagesmütter sind hier ein gangbarer Weg, den es staatlich zu unterstützen gilt.

Auch in der Wirtschaft unterschätzen viele Unternehmen die positive Wirkung von Betriebskindergärten. Nicht nur, dass die Mitarbeiter so viel schneller in das Unternehmen zurückkehren, auch die Motivation zur Auswahl des Arbeitgebers durch ein solches Angebot ist nicht zu unterschätzen. Die flexible Gestaltung der Arbeitszeit bringt zudem einen betriebswirtschaftlichen Vorteil, nicht nur in Großkonzernen.

Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Prozess in Staat und Gesellschaft unterstützt wird. Es muss in Thüringen gesichert werden, dass der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen auch in alternativen Betreuungsformen gedeckt werden kann.

Daneben gilt es jedoch auch die Erziehungsleistung der Elternteile, die wegen der Erziehungsaufgaben vorübergehend auf eine Erwerbstätigkeit verzichten, entsprechend zu honorieren. Es fehlt bisher völlig an einer adäquaten gesellschaftlichen und politischen Anerkennung der familiären Leistung, Kinder großzuziehen und sie auf ihren Lebensweg vorzubereiten.

Wir setzen uns dafür ein, die Erziehungsleistung der Eltern in jeder Form zu honorieren. Wir brauchen für die Zukunft ein neues Bewusstsein, Kinder aufzuziehen und die damit verbundenen Aufgaben zu erfüllen. Wir fordern die Anerkennung der Kindererziehung und wenden uns entschlossen gegen jede Diskriminierung der damit erbrachten Leistungen.

Maßgeblichen Anteil an der Situation hat auch der Umstand, dass die verfassungsrechtlich geschützten Institutionen von Ehe und Familie an Bedeutung verloren haben. Gerade in den letzten Jahren wurde dem Schutz von Ehe und Familie vom Gesetzgeber nicht der Schutz zuteil, der ihnen zugestanden hätte. Diese Politik blieb nicht ohne Auswirkungen auf die gesellschaftliche Akzeptanz der Ehe. Wenngleich eine Ehe für eine bestehende

Familie weniger im Vordergrund stehen mag, schafft das lebenslange Versprechen jedoch oftmals das Vertrauen, dass jungen Menschen den Schritt in die Elternschaft ebnet.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Staat mehr als heute die Ehe nach seinem verfassungsgemäßen Auftrag schützt und fördert, denn sie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft und mehr als ein Modell der Steuerersparnis.

Auch wenn die Ehe als Ideal für eine Familie anzusehen ist, weil sie auf gemeinsame Kinder gerichtet ist, setzen wir uns ebenso für die Förderung der Erziehungsleistung ein, die in eheähnliche Lebensgemeinschaften, von alleinerziehende Eltern und von sogenannte Patchworkfamilien erbracht wird.

In erster Linie ist aber die Tatsache wichtig, dass Kinder von der Gesellschaft als Wert anerkannt werden. Wenngleich auch die Familienpolitik nicht auf ein reines Transfersystem beschränkt werden darf, kommt auch dem finanziellen Aspekt der Familienförderung eine Schlüsselfunktion zu. Auch wenn Deutschland im Vergleich mit anderen Industriestaaten bereits hohe Ausgaben für Familien tätigt, setzen diese oft nicht die richtigen Anreize, wirken nicht zugunsten von mehr Kindern.

Die Junge Union setzt sich dafür ein, die finanzielle Unterstützung für Familien so auszubauen, dass die Entscheidung für Kinder niemals zum Armutsrisiko werden kann. Jeder Euro der zugunsten von Familien und Kindern investiert wird, ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes.

Wir sehen im Familiengeld einen richtigen Ansatz staatlicher Hilfe. Fasst man alle bisherigen direkten Zahlungen, wie z.B. Erziehungsgeld, Kindergeld, wie auch die indirekten Zahlungen in Form von Zuschüssen an Kindereinrichtungen zusammen, letztere zumindest zu einem gewissen Prozentsatz, so kann jede Familie selbst und ohne staatliche Bevormundung entscheiden, welche Dienstleistungen für ihre Kinder in Anspruch genommen werden. Ein indirekter Druck etwa frühzeitig eine Kindertagesstätte zu nutzen, weil diese vielleicht recht günstig ist, aber es nur eine geringe finanzielle Unterstützung für die Erziehungszeit in Familie gibt, besteht nicht mehr.

Wir halten an unserer Forderung nach einem Familiengeld fest. Es soll die bisherigen direkten und indirekten Leistungen auf Bundes- und Landesebene bündeln.

Heute hat eine vierköpfige Familie bei einem Durchschnittseinkommen von 30000 Euro im Jahr weniger zur Verfügung als das Existenzminimum. Die Notwendigkeit einer verstärkten finanziellen Förderung von Familien ist unbestritten. Es geht hier vor allem darum, die Nutzung indirekter und damit an der finanziellen Leistungsfähigkeit der einzelnen Familie orientierter Mechanismen des Steuerrechts für die Familienförderung zu erschließen.

Familiensplitting einführen

Die Junge Union Thüringen fordert daher die Ergänzung des Ehegattensplitting mit ein Familiensplitting, in dem das Familieneinkommen nicht nur auf die Ehegatten, sondern auch auf die gesamte Familie verteilt wird.

Die Förderung von Familien mit Kindern setzt in Deutschland aber schon beim ersten Kind in unverminderter Höhe an. Diese umfassende, insgesamt jedoch unzureichende Förderung ist aber erst ab dem zweiten, eher noch dem dritten Kind notwendig, wenn ein Elternteil notwendig auf die Erwerbstätigkeit verzichten oder sich beruflich einschränken muss.

Wir setzen uns daher für eine nach der Kinderzahl ansteigenden Förderung ein, weil dies nicht nur den tatsächlichen Gegebenheiten mehr entspricht, sondern auch zu einer höheren Geburtenrate führen kann.

Es ist deshalb unabdingbar, dass sowohl bei Renten- als auch bei der Pflegeversicherung die Kinderzahl Berücksichtigung findet. Dabei geht es nicht darum, jemanden zu bestrafen, der gewollt oder ungewollt keine Kinder bekommt, als vielmehr um die gerechte Verteilung von Leistungen. Eine Familie mit Kindern trägt bis zum Eintritt des Kindes in die Arbeitswelt und damit die Beitragspflicht erhebliche Aufwendungen, die letztlich der gesamten Solidargemeinschaft zugute kommen. Diese erhebliche Mehraufwendung steht aber nicht mit einer stärkeren Leistungsfähigkeit im Einklang. Die Folge ist die finanzielle Schlechterstellung von Familien.

Die Junge Union Thüringen setzt sich daher für eine stärkere Berücksichtigung der Erziehungsleistung im Rahmen der Sozialversicherungssysteme als Ausgleich für die Investition in Kinder ein.

Bildung

Bildung ist die Zukunftspolitik Nr. 1. Deren Finanzierung ist die wichtigste Investition in unser aller Zukunft. Daher hat die CDU der Bildungspolitik hohe Priorität bei der Gestaltung des Landeshaushaltes eingeräumt. Gleichwohl hängt die Bildungsqualität nicht nur von den Bildungsausgaben ab. Unsere Forderungen gehen deshalb weiter.

Vorschule

Der Freistaat führt einen verpflichtenden und kostenfreien Vorschulkurs im Kindergarten ein.

Bei diesem Vorschulkurs werden Kinder entsprechend dem angelsächsischen Vorbild unter Beachtung eines pädagogischen Rahmenkonzepts auf die Schule vorbereitet. Dabei sollen die grundlegenden Fähigkeiten weiterer Wissensvermittlung gelegt werden. Hierbei wird u.a. sichergestellt, dass alle Kinder bei Eintritt in die Schule ein den Anforderungen

entsprechendes Deutsch verstehen und sprechen. Sie werden die Grundregeln sozialen Verhaltens kennen und allgemein auf die Schule vorbereitet sein.

Es soll weiter sichergestellt werden, dass Kinder entsprechend ihren Fähigkeiten schon vor Eintritt in die Schule gefördert und gefordert werden. Soweit dies erforderlich ist, muss man manchen Kindern besondere Aufmerksamkeit bei der Vorbereitung für die Schule zukommen lassen, damit sie von Anfang an mithalten können und somit ein Mindeststandard in den Einschulungsklassen ermöglicht wird. Aus diesem Grund sollte es auch Empfehlungen der Vorschulpädagogen über die Einschulungsfähigkeit geben.

Soweit Kinder schon frühzeitig, besondere Lernbereitschaft und –fähigkeit zeigen, gibt es die Möglichkeit, frühzeitig regulär eingeschult zu werden. Daher sollten die Vorschulkurse entweder versetzt zum regulären Schulbeginn starten, etwa jeweils mit Beginn einen neuen Jahres oder so gehandhabt werden, so dass ein Eintritt in diesen Kurs jederzeit möglich ist. Auch unter Berücksichtigung der Möglichkeit, ein ungezwungenes Kinderleben genießen zu können, bietet diese Regelung die Chance, Kinder entsprechend ihrer Fähigkeiten, Wünschen (der Eltern) und persönlichen Umständen frühzeitig in den Ausbildungsweg einzugliedern. Damit wird langfristig wertvolle Lebens- und Arbeitszeit gewonnen. Dies spielt eine Rolle vor allem vor dem Hintergrund, dass Deutsche vergleichsweise spät ins Berufsleben starten.

Andererseits bietet der obligatorische Vorschulkurs die Möglichkeit, sich stärker und weitergehend förderbedürftigen Kindern zuzuwenden und etwa deren Einschulung etwas zu verzögern, so dass sie die nötige Einschulungsreife erlangen können.

Um den Anforderungen des Vorschulkurses gerecht zu werden, gibt es bis zum Jahr 2020 eine besondere Ausbildung zum Vorschulpädagogen oder eine Ergänzung der bisherigen Ausbildung von Kindergärtnern/innen. Außerdem werden für die schon vorhandenen Kindergärtner/innen Weiterbildungsmaßnahmen angeboten.

Schule

Unter Ausnutzung der Landeskompetenz im Bildungssektor hat der Freistaat das hohe Niveau der Thüringer Schulbildung gewahrt und ausgebaut. Innerhalb Thüringens werden die Schulen evaluiert und müssen vom Freistaat gesetzten Bildungsstandards genügen.

Um das hohe Niveau zu garantieren, lehnen wir die Zentralisierung ab und bekennen uns eindeutig zum Bildungsföderalismus. Zugleich bekennen wir uns zu nationalen Bildungsstandards. Die Kultusministerkonferenz (KMK) muss reformiert werden. Die KMK sollte sich weitgehend auf Fragen der Anerkennung von Bildungsabschlüssen beschränken.

Vor allem in der Unterstufe konzentriert man sich auf Kernkompetenzen in den Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen. Um den Anforderungen unserer immer

globalisierten Welt gerecht zu werden, wird aber schon frühzeitig ein Kurs zum Erlernen der englischen Sprache eingeführt.

Der Freistaat bekennt sich neben der Wissensvermittlung auch zum Erziehungsauftrag der Schulen. Damit ist nicht eine wie zu DDR-Zeiten übliche weltanschauliche Indoktrinierung gemeint, sondern die Vermittlung von Werten, die für ein funktionierendes Sozialleben im Kleinen wie im Großen unumgänglich sind. Zu dieser Erziehung im Sinne unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung gehören Werte wie Toleranz, Pflichtbewusstsein, Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Liberalität und Solidarität. Dass den Lehrern dabei eine besondere Verantwortung als Vorbild zukommt, muss diesen nicht nur deutlich gemacht, sondern auch eingefordert werden. Im Gegenzug muss dafür gesorgt werden, die besondere Verantwortung der Lehrerschaft und ihre gesellschaftliche Stellung zu würdigen.

Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts. In Thüringen gab es eine der geringsten Unternehmerquoten in Deutschland und in Europa. Daher wird in der Schule ein positives Bild vom Unternehmertum vermittelt. In höheren Klassen gibt es Unterricht, der unternehmerisches Denken der Schüler fördert und Grundlage für eine positive Einstellung zur Selbständigkeit schafft.

Die Funktion der Schule wird aber noch mehr erweitert. Sie soll als Ort der Kommunikation und Kooperation Kulturzentrum einer Gemeinde sein. Mit der Verknüpfung von Schuljugendarbeit, Ganztagesbetreuung und Angeboten von Schulsozialarbeit wird die Schule zu einem lebendigen Mittelpunkt der Gemeinde und kann das kulturelle Leben bereichern. In diesem Zusammenhang sollten Möglichkeiten geschaffen werden, die Infrastruktur der Schulen nicht nur für schulische Veranstaltungen zu nutzen, sondern jeder Art gesellschaftlichen Engagements zur Verfügung stehen.

Die Regelschulen sind das Kernstück des Thüringer Schulwesens. Sie muss daher gestärkt und weiterentwickelt werden. Die CDU-Landesregierung bringt daher das so genannte Y-Modell auf die Beine. Damit soll ein längeres gemeinsames Lernen bis zur 8. Klasse erreicht werden. Gleichwohl stehen auch in diesem System weitere Bildungs- und Qualifizierungswege offen, zum Beispiel das Studium.

Unter Beibehaltung des Zentralabiturs nach der 12. Klasse werden auch die Gymnasien weiterentwickelt und gestärkt. Dieser Wettbewerbsvorteil Thüringens gegenüber anderen Bundesländern muss genutzt werden. Dabei soll die Modernisierung der Kursstruktur mehr Beachtung finden und Kooperationen mit Hochschulen vertieft werden. In den gymnasialen Oberstufen, wird ein größerer Pflichtkanon zur Stärkung von Kernkompetenzen durchgesetzt.

Hochschulen

Der Freistaat arbeitet weiter am Renommee seiner Hochschulen. Dazu gehört auch, diesen gewisse Kompetenzen zur autonomen Entscheidung zu überlassen. Das ist nötig,

um dem im Jahr 2020 völlig anders gearteten Wettbewerb standzuhalten. Längst gibt es aufgrund drastisch eingebrochener Geburtenzahlen in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts viel weniger Studenten, um welche die Hochschulen werben müssen. In diesem Werben und im Wettbewerb stellen die Thüringer Hochschulen ihre jeweiligen besonderen Fähigkeiten heraus, suchen sich selbst Studenten aus und entscheiden autonom, wie und in welche Fachbereiche wie viel Geld investiert wird. Durch Rahmenverträge mit dem Freistaat wird gewährleistet, dass nicht jede Einflussnahme der Politik verloren geht.

Wir werden keine „Elite-Universitäten“ in Deutschland haben, aber wir wollen hervorragende Hochschulen in Thüringen. Daher sollte ihnen auch die Möglichkeit zur Einführung von Studiengebühren gewährt werden. Diese Studiengebühren müssen aber mit einem Fonds gekoppelt werden, der allen aussichtsreichen Studenten Kredit gewährt (für die Studiengebühr und die allgemeinen Lebenshaltungskosten). Diese Regelung stärkt insbesondere die wichtige Gruppe Studierwilliger aus der Mittelschicht, die zwar keinen Anspruch auf Bafög haben, deren Eltern sich aber gleichwohl mit der Studienfinanzierung schwer tun. Nach dem Umbau unseres Steuersystems, an dem auch Thüringen über den Bundesrat mitarbeitet, wird die allgemeine Abgabenquote gesunken sein. Damit sind die den Kredit in Anspruch nehmenden angehenden Akademiker in der Lage, diesen im späteren Berufsleben zurückzuzahlen. Die universitäre Ausbildung ist damit eine Investition in das Humankapital, die sich später sowohl für den Einzelnen als auch für die Gemeinschaft rentieren wird. Für sozialschwache und zugleich leistungsbereite Studierende sind Stipendienmodelle einzurichten, um allen einen chancengleichen Zugang zum Studium zu gewähren.

Berufsakademien

Nur wenige Bundesländer haben ihre Hochschullandschaft durch die Einführung der Berufsakademien ergänzt. Der Freistaat Thüringen hat diese hochschulähnliche Einrichtung.

Der enge Kontakt zum Praxisunternehmen, die marktorientierte Wissensvermittlung und die kurze Studienzeit sind nur einige Vorteile des BA-Studiums, welches sich in Baden-Württemberg seit Jahrzehnten bewährt haben und mittlerweile Deutschland weit großen Zuspruch finden. Auch in Thüringen wird die Bereitstellung von Mitteln, u.a. zur wissenschaftlichen Weiterentwicklung der Berufsakademie, gesichert. Zwar wird daran gearbeitet, die theoretische Grundlage des Studiums durch qualifizierte Lehrkräfte weiter zu verbessern, um so eine inhaltliche Annäherung zu Fachhochschulen zu erreichen. Jedoch sollen BA und FH auch künftig zwei grundlegend verschiedene Alternativen zu Universitäten bieten. Gleichwohl soll daran gearbeitet werden, die Zusammenarbeit zwischen Berufsakademien und Fachhochschulen zu verbessern, um wissenschaftsorientierte Arbeit zu ermöglichen.

Bildungspersonal

Thüringen hat gute Lehrer. Die Junge Union macht sich für einen attraktiven Lehrerberuf stark. Ziel ist es, dass Lehrerinnen und Lehrer in der Gesellschaft wieder, die ihnen gebührende Anerkennung finden.

Die Verbeamtung der Lehrer und Hochschullehrer wird abgeschafft. Die Gehaltsstruktur ist nicht mehr an starre Lebensaltersstufen angepasst, sondern es gibt einen garantierten Grundlohn, der um Leistungselemente aufgestockt werden kann. Dabei ist auch dem Grunde nach die Beurteilung einer Lehrleistung möglich und nötig. Schon heute muss jeder Beamte und Angestellte von seinem Vorgesetzten für die Dienstatte beurteilt werden, etwa um eine Entscheidungsgrundlage für Beförderungen zu ermöglichen. Zwar mag diese Beurteilung im Einzelfall z.T. von subjektiven Elementen beeinflusst sein. Im Verhältnis zu den Kollegen und in der Masse werden aber weitgehend objektive Abstufungen erreicht werden. Dies ermöglicht in Zukunft eine, auch an ihrer Leistung bemessenen Entlohnung.

Den Schulen wird nicht nur dabei ein hohes Maß an Autonomie eingeräumt. So ist es denkbar, den Schulleiter aus dem Lehrpersonal heraus vor Ort alle 5 Jahre von einer Elternvertretung wählen lassen.

Schließlich werden Lehrer verpflichtet, sich regelmäßig fortzubilden, um der ständigen Wissensanhäufung und neuen Entwicklungen auch und gerade im Verhältnis zu den Schülern standhalten zu können.

Wirtschaft

Erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist eine der wichtigsten Aufgaben. Denn durch sie wird die Grundlage für Arbeits- und Ausbildungsplätze und nicht zuletzt für die Einnahmen im Land und in den Kommunen gelegt.

Unser Freistaat muss Rahmenbedingungen für erfolgreiche Thüringer Unternehmen, aber auch Großkonzerne bieten.

Förderung von Existenzgründungen

Innovation und Technologie sind wichtige Standbeine eines soliden und dauerhaften Wirtschaftswachstums in Thüringen.

Durch gezielte Schulungen und Unterstützungen werden Absolventen der Thüringer Universitäten animiert, direkt nach dem Studium den Weg in die Selbständigkeit zu gehen. Junge Akademiker sprühen vor Ideen und Elan, dies muss genutzt und gefördert werden.

Bis 2020 sollte jede Universität über ein Gründer- und Innovationszentren verfügen. Dieses Zentrum sollte an die Universität gekoppelt sein und direkt vor Ort installiert

werden. Hier durch wird es gerade jungen Menschen leicht gemacht, zu moderaten Preisen Firmenräume zu mieten und durch die Nähe zu anderen Jungunternehmern im ständigen Erfahrungsaustausch und Wettbewerb zu stehen. Jedem Gründer- und Innovationszentrum stehen Paten aus regionalen Banken, IHK und dem Wirtschaftsministerium zur Verfügung, um auftretende Probleme auf kurzen Wegen zu klären und auch um gemeinsam Erfolge zu feiern.

Da die Kreditpolitik der Banken immer restriktiver werden, ist es erforderlich neue Finanzierungsformen zu ergründen. Dies kann durch nachrangige Finanzierungsformen mit eigenkapitalähnlichen Charakter sowie zinsverbilligten Darlehen erfolgen, sollte aber nicht die Regel sein. Ziel ist es, private Investoren als Kapitalgeber für innovative Unternehmen zu gewinnen bzw. gestandene Unternehmen als stille Gesellschafter für Jungunternehmen zu gewinnen. Die Symbiosen solcher Beteiligungen liegen auf der Hand – beide Seiten entwickeln sich nach vorn, festigen Ihre Marktstellung oder erschließen sich einen neuen Markt.

Fachkräftemangel

Auch wenn es aus heutiger Sicht noch einige Zeit dauert, so zeichnet sich trotz hoher Arbeitslosigkeit bereits heute ein eklatanter Fachkräftemangel in Thüringen ab.

Dieser abzusehenden Entwicklung muss man schon heute gezielt entgegenwirken. Für Thüringer Unternehmen bedeutet dies, den eigenen Bedarf abzuschätzen und die Ausbildung im eigenen Unternehmen schon jetzt sicherzustellen.

Zwar herrscht derzeit noch die Situation vor, dass Ausbildungsplätze fehlen, aber rückläufige Geburtenzahlen in den Jahrgängen, die in den nächsten Jahren auf den Ausbildungsmarkt strömen, werden dafür sorgen, dass auch für Thüringer Unternehmen um die Auszubildenden ein regelrechter Wettbewerb entstehen wird.

Deshalb wehrt sich die Junge Union Thüringen gegen die Einführung einer Ausbildungsabgabe. Denn führt dazu, dass sich Großunternehmen von der Ausbildung freikaufen und die Ausbildung von Fachkräften mittelständischen Unternehmen überlassen.

Förderung der betrieblichen Innovation und Investition

Unternehmensinvestitionen werden auch 2020 konsequent weiter erfolgreich gefördert und unterstützt. Innovation und Investitionen erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit der Thüringer Unternehmen.

Die Landesentwicklungsgesellschaft sollte künftig weiter ein wichtiges Standbein für die Gewinnung von Neuansiedlungen für Thüringen sein und den Investoren ein geschlossenes Förderangebot bereitstellen. Dazu zählt aber nicht durch die finanzielle

Unterstützung, auch die Deregulierung von Genehmigungsverfahren und der Abbau von bürokratischen Hürden muss erfolgen.

Unsere Wirtschaft ist durch Klein- und mittelständische Unternehmen geprägt; hierdurch ist sie flexibel und schnell in Ihren Reaktionsgeschwindigkeiten. Die Junge Union Thüringen setzt sich für die gezielte Unterstützung von Netzwerkgründungen ein. Es bietet sich an, dass branchenähnliche Unternehmen kooperieren und so die Flexibilität der Thüringer Unternehmen gegenüber Großunternehmen erhalten. Eine solche Zusammenarbeit bietet sich beispielsweise in der Einkaufspolitik, Forschung/ Entwicklung und Vertrieb an. Gemeinsame Präsentationen auf Messen fördern die Erschließung neuer nationaler und internationaler Märkte. Somit wurde die Markstellung Thüringer Unternehmen gestärkt.

Bis 2020 muss es das Ziel sein, sich von EU-Förderungen abzukoppeln und die Thüringer Wirtschaft auf eigene Beine zu stellen.

Durch Ansiedlung des Kinderkanals und die Etablierung des Medienapplikationszentrum kann sich Erfurt/ Thüringen zu einem Medienstandort für Jugend- und Kinderfernsehen entwickeln.

Infrastruktur

Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur war und ist ein zentrales Anliegen. Die Junge Union Thüringen fordert die Fertigstellung der ICE-Trasse München-Erfurt-Berlin und der Autobahnen A 71, A 73 und A 38.

Hierdurch kann der infrastrukturelle Nachteil für Thüringer Unternehmen, insbesondere im Süd- und Nordthüringer Raum maßgeblich verringert werden. Dies sind entscheidende Fakten für Neuansiedlungen in Thüringen, wodurch wieder neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Junge Union Thüringen setzt sich dafür ein, dass die Infrastruktur in Thüringen weiter ausgebaut wird.

Tourismus

Durch nachfrageorientierte Angebote und deren gezielte Vermarktung kann Thüringen in Bezug auf Tourismus bis 2020 zu einem der erfolgreichsten und bekanntesten Bundesländer geworden.

Weg vom Image eines Wanderparadies, hin zu einem Bundesland, das für jeden Geschmack etwas bietet: Action, Wellness aber auch Natur. Die Junge Union fordert, die regionsübergreifende Zusammenarbeit von Tourismusverbänden, auch über Ländergrenzen hinweg.

Thüringen ist die erfolgreichste Wintersportnation – Sportstätten zum Anfassen geben und Probetrainings für interessierte Fans fördern das Bild eines innovativen und attraktiven Bundeslandes.

Die Städte Erfurt und Weimar mit Blick auf ICE, Flughafen und Autobahn bieten sich durch die infrastrukturell hervorragende Lage als Messestandorte an und müssen noch bekannter gemacht werden.

Thüringen muss durch Funk und Fernsehen sowie durch einschlägige Printmedien in aller Munde sein!

Die Junge Union Thüringen wird sich weiter für eine Entwicklung Thüringens als Bundesland der Forschung und Entwicklung einsetzen.

Europa

Union gemeinsamer Werte und Prinzipien - Für ein starkes und föderales Europa, für eine Politik mit klaren Verantwortungen

Nationalstaaten können allein nicht mehr den Rahmen bieten, um das Gemeinwohl aller Bürger Europas zu gewährleisten. Beispiele hierfür reichen von Infrastrukturpolitik bis zur Sicherheits- und Außenpolitik. Es ist unsere Herausforderung und unser Schicksal gleichermaßen, die Europäische Union in eine wirkliche Politische Union weiterzuentwickeln. Die JU Thüringen ist überzeugt, dass die Union ihre Institutionen stärken muss, wenn sie mit 25 oder mehr Mitgliedsstaaten handlungsfähig bleiben will. Dabei sollte nach dem Subsidiaritätsprinzip gehandelt werden, wonach die Ausübung politischer Verantwortung so bürgernah wie möglich zu erfolgen hat. Den unterschiedlichen europäischen Verwaltungs- und Gesetzgebungsverfahren fehlt es häufig an Transparenz und Nachvollziehbarkeit. In Zukunft ist eine europäische Verfassung zu schaffen, die deutlicher Strukturen und Verantwortlichkeiten transparent macht.

Europa wird stärker sein, wenn es die Unterstützung und Beteiligung seiner Bürger nutzt. Daher sehen wir eine Stärkung des Parlamentes als substantielle Weiterentwicklung eines zukünftigen Europas. Die JU ist davon überzeugt, dass in diesem Prozess europäische Parteien eine entscheidende Rolle als Vermittler zwischen den Institutionen der Union und ihrer Bürger spielen. Die Junge Union Thüringen bekräftigt ihren Willen, dass die EVP/ED-Fraktion ihre erfolgreiche Arbeit als stärkste Kraft in der europäischen Politik fortsetzen kann. Um ihre politische Konzeption zu stärken, sollen die EVP/ED-Mitgliedsparteien im Vorfeld der Wahl einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten aufstellen. Damit wird den Wählern transparent, wen sie wählen und wer ihnen gegenüber für die politischen Entscheidungen in Brüssel verantwortlich ist. In Zukunft wünschen wir uns dasselbe Verfahren bei der Nominierung des Vorsitzenden des Europäischen Rates und des Europäischen Außenministers.

Wir befürworten eine stärkere Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten untereinander und mit der Europäischen Union in der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und des Transnationalen Terrorismus. Daher schlagen wir eine Stärkung von Europol und die Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft vor. Zudem soll die Zusammenarbeit der europäischen Geheimdienste ausgebaut werden. Es gilt im Allgemeinen, klar definierte und stabile Kooperations-Netzwerke bedarfsgerecht zwischen nationalen Behörden zu entwickeln.

Wirtschaftsraum Europa

Die wichtigste Herausforderung der kommenden Jahre ist die Umwandlung des neuen Europas in eine weltweit führende, wettbewerbsfähige Wirtschaft. Wir begrüßen ausdrücklich das Ziel des „Lissabon- Prozesses“, die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu entwickeln. Die Europäische Union sollte sich verpflichtet fühlen, Handelsbarrieren zu reduzieren und Märkte zu liberalisieren und gleichzeitig Forschung in innovativen und zukunftsorientierten Technologien wie z.B. Biotechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologie zu fördern. Nur durch wirtschaftliches Wachstum können grundlegend neue Arbeitsplätze geschaffen und Unternehmergeist gefördert werden. Die JU Thüringen sieht in der hohen, europaweiten Steuerlast ein schwerwiegendes Hindernis für die Schaffung von Wohlstand. Sie entmutigt private unternehmerische Initiativen, verhindert innovative Investitionen und dämpft die Einstellung neuer Arbeitnehmer. Die JU Thüringen bekennt sich zum Wettbewerb als Entdeckungsfaktor. Wir fordern daher eine grundsätzliche Senkung des Steuerniveaus und sprechen uns zugleich gegen nivellierende europäische Bestimmungen aus, die den innereuropäischen, wirtschaftlichen Wettbewerb verhindern. Die EU sollte dazu angehalten sein, exzessive Verwaltungsanforderungen zu minimieren, eine systematische Bewertung der kostenmäßigen Auswirkungen der Gesetzgebung auf Firmen und Beschäftigung durchzuführen und innovative Geschäftsgründungen durch den Zugang zu Risikokapitalfonds erleichtern.

Arbeiten und Leben in Europa

Die Junge Union Thüringen bekräftigt ausdrücklich, dass die Finanzierung der Europäischen Union ausschließlich von den Mitgliedsstaaten beschlossen wird. Eine eigene Steuerkompetenz der Europäischen Union lehnen wir entschieden ab. Ebenso muss die Ausgestaltung der Sozialen Sicherungssysteme Aufgabe der Mitgliedsstaaten bleiben.

Unsere Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen bedeutet, dass wir sorgfältig sind im Umgang mit unserer Umwelt und der natürlichen Umgebung in der wir leben. Die JU Thüringen unterstützt einen konsequenten Umweltschutz, der auf einheitliche EU-weite Regelungen fußt und auf dem Prinzip „der Verursacher zahlt“

basiert. Nur so entwickelt sich ein echtes System der Umweltverantwortung einhergehend mit angemessenen Kontrollen und Entschädigungen.

Um die Völker Europas dauerhaft näher zu bringen, muss das Bewusstsein für den Reichtum an Verschiedenheit durch ein tiefes Verständnis gemeinsamer Wurzel ergänzt werden. Die JU Thüringen erhofft sich aus der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Kulturraumes, der sich auf nationalen Kulturen begründet, eine Erweiterung der bloßen nationalen Identitäten hin zu einer europäischen Identität. Das Europa des Jahres 2020 sollte geprägt sein durch eine Generation von Bürgern, die außer ihrer regionalen und nationalen Identität auch eine europäische Identität teilt. Die JU ist sich bewusst, dass die EU durch ihre wirtschaftliche Prosperität eine hohe Attraktivität auch für Nichteuropäer genießt. Als weltoffene Region ist die Europäische Union wirtschaftlich und kulturell auf Zuwanderung angewiesen. Zugleich zieht Europa auch Menschen an, die keine rechtlichen Gründe für ein Schutzbedürfnis haben oder sogar mit feindlichen Absichten kommen. Die JU Thüringen ist der Überzeugung, dass die EU europaweite Standards über die unterschiedlichen Kategorien von Einwanderer, Asylsuchende und Wirtschaftsflüchtlinge definieren muss. Die Auseinandersetzung mit dieser komplexen Situation erfordert eine breit angelegte Politik, einschließlich der Miteinbeziehung der Entwicklung und der Konfliktvermeidung.

Europäischer Bildungs- und Forschungsraum

Bildung und Ausbildung sind die Vorbedingungen für die europäischen Bürger, ihren Weg in einer sich schnell verändernden Welt zu finden und sich den neuen Herausforderungen zu stellen. Die JU Thüringen sieht eine hohe Priorität in der Entwicklung der Union hin zu einem globalen Leistungszentrum: Wir wollen einen starken Forschungssektor der den Schwerpunkt sowohl auf die neuen Technologien setzt als auch auf hervorragend ausgebildete Bürger. Deshalb ist die Junge Union Thüringen davon überzeugt, dass gerade die Bildungsangebote und- Systeme gezielt pro-europäisch weiterentwickelt werden sollten. Einen besonderen Schwerpunkt sollte das Lernen von Fremdsprachen darstellen. Wir fordern daher Ausbildungssysteme, die das Erlernen von zwei Fremdsprachen Realität werden lassen. Das Europa des Jahre 2020 muss Hindernisse aus dem Bereich der Verwaltung, der Sozialversicherungssysteme und andere Mobilitätshindernisse überwinden und uneingeschränkt nationale Qualifikationen und Diplome gegenseitig anerkennen. Es ist unsere Überzeugung, dass lebenslanges Lernen und die Zugangsmöglichkeiten zu hochqualifizierter Weiterbildung intensiver diskutiert und gesellschaftlich gefördert werden sollte. Dabei müssen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechen. Europa könnte weltweiter Vorreiter bei umfassenden E-Lernprogrammen sein. Die JU Thüringen befürwortet die Weiterentwicklung und Anpassung der wichtigen Bildungsprogramme der Europäischen Union.

Die Fähigkeit, im Bereich der neuen Technologien eine Führungsrolle zu übernehmen wird in den kommenden Jahren entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit Europas sein. Mit seinen hervorragenden Bildungseinrichtungen gilt es für Thüringen, weitere Anreize im Bereich der Biotechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologien zu schaffen und auch deren kommerzielle Nutzung zu forcieren.

Eine einheitliche Stimme in der Welt

Die gemeinsame europäische Geschichte beweist, dass die EU eine einzigartige Garantie für die politische Stabilität und Sicherheit in Europa ist. Nur gemeinsam können wir den neuen Bedrohungen unserer Sicherheit entgegentreten. Die EU ist auf globale Handlungsfähigkeit angelegt. Die Union wird sie nur wahrnehmen können, wenn es ihr gelingt, die noch bestehenden Interessengegensätze zu überwinden und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik institutionell einzurichten. Die Junge Union Thüringen ist dabei überzeugt, dass nur die USA und Europa zusammen in der Lage sind, die globalen Herausforderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik zu meistern. Deshalb muss eine europäische Verteidigungskomponente auch grundsätzlich als Pfeiler der NATO organisiert sein. In diesem Rahmen müssen die nationalen und europäischen Verteidigungsstrukturen besser koordiniert werden. Als Fernziel streben wir den Ausbau von Europäischen Verteidigungskräften an, die von nationalen Armeen verstärkt werden können. Das Amt des Europäischen Außenministers wird eine der wesentlichen Schaltstellen für die künftige europäische Außenpolitik sein, wenn auch dort das Prinzip der Mehrheitsentscheidung gestärkt wird.

Regionen in Europa

Die JU Thüringen ist überzeugt, dass die Reduzierung der Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen eine Schlüsselrolle für die dauerhafte politische Stabilität, die soziale und territoriale Kohäsion der Union ist. Regionen wie der Freistaat Thüringen verleihen der Europäischen Union Strahlkraft und sind Ort von Innovation und Ideenreichtum. Die EU muss Rahmenbedingungen schaffen für nachhaltige Projekte und die Entwicklung von Infrastruktur. Insbesondere interregionale, grenzüberschreitende sowie internationale Zusammenarbeit muss auf einer legalen Grundlage gefördert werden.

Wir glauben an die Vision der Europäischen Einigung der großen Staatsmänner von Winston Churchill, Charles de Gaulle, Konrad Adenauer, Robert Schuman und Alcide de Gasperi bis Helmut Kohl – eine der stärksten Visionen der Geschichte. Wir glauben, dass Europa mehr ist als die Summe seiner Bestandteile: Europa ist eine Vision mit Zukunft.